



Hessischer Städte- und Gemeindebund, Donnerstag, 27. September 2018

Mehr Rad in Stadt und Land

Positionen der Kommunen auf dem 3. Deutschen Kommunalradkongresses in Göttingen.

„Die Debatte um Diesel-Fahrverbote zeigt, dass die Städte, Gemeinden und ihr Umland dringend auf eine umweltfreundliche Mobilität angewiesen sind. Der Schlüssel dazu sind eine konsequente Förderung des Radverkehrs und die Schaffung innovativer Radverkehrsangebote, die die Menschen mitnehmen und begeistern. Anstatt um Fahrverbote muss es aktuell darum gehen, gute Alternativen zum Auto zu schaffen, damit die Bürgerinnen und Bürger umsteigen“, erklärte Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Bergkamen anlässlich des 3. Deutschen Kommunalradkongresses in Göttingen.

Der Förderung des Radverkehrs kommt neben dem ÖPNV bei der notwendigen Verkehrswende eine Schlüsselstellung zu. Durch innovative Lösungen beim Radverkehr kann die Verkehrswende in den Städten beschleunigt werden. So tragen Lastenfahrräder als Bestandteil einer zukunftsweisenden City-Logistik zu einem umweltfreundlichen Transport von Menschen und Gütern bei, die zudem platzsparend ist. Mithilfe der Digitalisierung wird die Suche nach einem sicheren und komfortablen Stellplatz fürs Rad, der per App bereits im Voraus gebucht werden kann, erleichtert. Die Digitalisierung kann zugleich dabei helfen, die verschiedenen Verkehrsmittel wie das Fahrrad, den ÖPNV, und die E-Mobilität miteinander zu vernetzen und so ein überzeugendes und komfortables Mobilitätsangebot zu schaffen.

„Es ist erforderlich, durch ein Bündel von Maßnahmen den Radverkehr im Alltag der Menschen noch attraktiver zu gestalten und damit die Lebensqualität in den Städten zu verbessern. Anknüpfungspunkte sind kommunale Verkehrskonzepte, die den Dreiklang aus Platz, Sicherheit und Komfort für Radfahrerinnen und Radfahrer konsequent umsetzen“, betonte Rolf-Georg Köhler, Oberbürgermeister der Stadt Göttingen

Konkret wurde die Forderung erhoben, dass die Politik im Bund und in den Ländern noch mehr als bisher zum Paradigmenwechsel für eine umweltfreundliche Mobilität in den Städten, Gemeinden und Regionen Rechnung beitragen müsste. „Der Bund hat angekündigt, die Mittel für die Radverkehrsförderung um 200 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken, etwa um den Bau von dringend erforderlichen Radschnellverbindungen zu fördern. Allerdings ist es bislang nur bei dieser Ankündigung geblieben. Erforderlich ist eine schnelle Bereitstellung dieser Mittel und eine daran anknüpfende Förderoffensive von Bund und Ländern mit einer kontinuierlichen Anhebung und Verstärkung der Mittel für die Radverkehrsförderung“, so Schäfer weiter.

Die Politik darf sich nicht allein auf urbane Räume konzentrieren. Stadt und Land sind aufeinander angewiesen. Dies gilt besonders bei der Radverkehrsförderung. Viele Distanzen können im urbanen Umfeld bereits jetzt bequem mit Fahrrädern und E-Bikes zurückgelegt werden. Anders sieht es auf dem Land aus. Damit die Menschen im Alltag, auf dem Weg zu Arbeit oder beim Besuch von Freunden und Verwandten aufs Rad umsteigen, brauchen wir den Neu- und Ausbau von Radschnellverbindungen. Mit der Erweiterung des E-Radschnellwegs in das Umland führt die Stadt Göttingen diesen Weg konsequent und exemplarisch fort.

(DStGB-Pressemitteilung Nr. 31-2018)